



Apropos Europa von Frank Baasner

Es geht doch. Viele Jahre lang haben die europäischen Partner Deutschlands auf eine Entscheidung dieser Tragweite und Weitsicht gewartet. Immer wieder, auch in Krisenmomenten wie der Banken- und Schuldenkrise, waren die Hoffnungen gegenüber Deutschland an der Grundsatzentscheidung abgeprallt, weder den EU-Haushalt zu erhöhen noch gemeinsame Schulden für gemeinsame Aufgaben aufzunehmen. Reflexartig hatte es mehrheitlich aus deutschen Medien und deutscher Politik geheißt, deutsches Steuergeld stünde für gemeinsame Haftung nicht zur Verfügung. Und nun scheint alles anders.

Angela Merkel und Emmanuel Macron schlagen eine gemeinsame EU-Initiative mit Finanzmitteln von bis zu 500 Milliarden vor. Für das deutsche Publikum war das vielleicht weniger überraschend als für unsere Partner. Denn wir konnten ja schon staunend mitverfolgen, wie die bisher so hochgehaltene „schwarze Null“ den Virustod gestorben ist.

Plötzlich scheint Geld im Überfluss vorhanden, ein Hilfspaket jagt das andere, der laufende Haushalt 2020 wurde um satte 120 Milliarden Euro erhöht und weitere Hilfen von wiederum mindestens 120 Milliarden in Aussicht gestellt. Nur wenige Mahner fragen sich, wer das

wann wird zurückzahlen müssen. Für Franzosen und Italiener stellte sich die Initiative von Merkel und Macron aber als eine viel größere Neuerung dar. Die Rede ist von einem Quantensprung, von einer historischen Kehrtwende der Deutschen.

Hierzulande hingegen würde der Finanzminister für seine Aussagen zum „europäischen Hamilton-Moment“ sofort kritisiert und man bemühte sich zu betonen, dass es sich um eine einmalige Angelegenheit handele und keineswegs um den Eintritt in eine gemeinsame Verschuldung. Nicht nur die selbst ernannten „sparsamen Vier“ Österreich, Nieder-

lande, Schweden und Dänemark positionieren sich gegen eine systematische Stärkung der Gemeinschaftsinstitutionen und warnen vor einer Schuldenunion, auch die rechten Ränder des politischen Spektrums warten nur auf den nächsten Wahlkampf, um sich als Hüter nationaler Interessen zu positionieren.

Warum geht Angela Merkel jetzt diesen Weg, den sie schon vor Jahren hätte einschlagen können – auch als Antwort auf Macrons Vision eines stärker integrierten Europas? Neue Herausforderungen benötigen neue Antworten – das ist eines ihrer Argumente. Vielleicht aber sind es auch die für die CDU und sie persönlich sehr

guten Umfragen, vielleicht auch die Meinung führender Ökonomen, die ihrerseits ein starkes gemeinsames europäisches Handeln gutheißen, die sie haben umdenken lassen.

Auf jeden Fall steigt durch diese Initiative das Ansehen Deutschlands in der EU ganz erheblich. Und die übrigen europäischen Partner müssen damit umgehen, dass die deutsch-französische Sonderbeziehung trotz aller Unkenrufe immer für eine – positive – Überraschung gut ist.

IHRE MEINUNG? Schreiben Sie unserem Kolumnisten, der einmal im Monat einen Blick auf Europa wirft, an leserbriefe@lkz.de